

## **Fliegerhorst: Unterwürfigkeit gegenüber der Regierung war und ist nicht angemessen**

Im aktuellen „Positionspapier“ des Bayerischen Gemeindetages zur Landesversammlung 2016 heißt es zum Thema Flucht und Asyl: „Vor allem dem bürgerschaftlichen Engagement ist es zu verdanken, dass in einem kurzen Zeitraum so viele Flüchtlinge menschenwürdig in unserem Land aufgenommen werden konnten...Die kommunale Ebene musste sofort handeln, denn die Flüchtlinge standen vor den Rathäusern und Landratsämtern. Vielerorts wurde pragmatisch und geradezu hemdsärmelig geholfen. Wer hatte bei Tausenden von Flüchtlingen pro Tag denn überhaupt die Zeit, in Rechtsvorschriften nachzulesen und sich mit Zuständigkeitsregelungen zu beschäftigen? Dieser Massenansturm ist vorüber, zunächst einmal. Zeit zum Durchatmen, Zeit Bilanz zu ziehen, Zeit sich Gedanken zu machen, wie es weitergehen wird in unserem Land.“

Diesen Feststellungen kann man weitgehend zustimmen, „Zeit zum Durchatmen“ gab es aber in unserer Stadt nicht. Das liegt einerseits daran, dass Fürstenfeldbruck die Quoten allein schon durch die Aufnahmeeinrichtung im Fliegerhorst mehrfach übererfüllt – mit allen Belastungen, die sich daraus ergeben – und andererseits daran, dass die Regierung von Oberbayern die Stadt zuletzt stark unter Druck setzte, um eine Umwandlung der bisherigen Dependance in eine sogenannte Kurzaufnahme (mit 1.000 Personen und einer Laufzeit bis zu zehn Jahren) mit der Stadt vertraglich zu vereinbaren. Solch eine Kurzaufnahme hätte gegenüber dem derzeitigen Status zwar manche Vorteile für die Stadt, brächte aber auch erhebliche Nachteile und Unwägbarkeiten mit sich; Inte-

grationsreferent Willi Dräxler hat dies bereits mehrfach fundiert dargelegt.

Besondere Beachtung „verdient“ in diesem Zusammenhang der bisherige Umgang der öffentlichen Ebene der Bezirksregierung (die hier im Auftrag der Staatsregierung tätig ist) mit der anderen, der Stadt. Die Bezirksregierung hat nämlich ihre Pläne für den Fliegerhorst mit erheblichem zeitlichem Druck und der unverhohlenen Drohung garniert, im Falle einer Ablehnung ihrer Wünsche die Kapazität der bestehenden Einrichtung mit 1.600 Personen voll auszuschöpfen (bisher sind in der Regel 1.000 bis 1.200 Asylsuchende im Fliegerhorst untergebracht), und zwar zeitlich unbefristet.

Die Brucker CSU hat daraufhin die bisherige gemeinsame Linie des Stadtrats verlassen mit dem Argument, man müsse das (vermeintlich) „kleinere Übel“ wählen. Man müsse doch, so hieß es auch, aus beiden Angeboten das bessere wählen. Von echten „Angeboten“ der Regierung konnte allerdings nie die Rede sein: Die eine Variante war ein kaum verhandelbarer Wunsch die andere war die Drohung. „Ein Angebot, das man nicht ablehnen kann“, nennt man das zynisch in bestimmten Kreisen, die man aus dem Kino kennt. In solchen Sphären und in einer solchen Zwangslage befinden wir uns – Gott sei Dank – nicht und deshalb hat die große Mehrheit des Stadtrates gut daran getan, sich nicht zu beugen. Inzwischen hat die Regierung (vorerst?) eingelenkt: Die Drohung ist vom Tisch, der zeitliche Druck ist erst einmal genommen.

Es bleibt zu hoffen, dass es in naher Zukunft zu ernsthaften Ver-



Klaus Quinten, BBV  
Fraktionsvorsitzender

handlungen zwischen Stadt und Regierung kommt, zu Verhandlungen auf Augenhöhe. In Zeiten des Verfalls der politischen Sitten sollten wenigstens staatliche Ebenen gesittet miteinander umgehen.

Die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden in Deutschland ist noch auf einem passablen Niveau, sie wird aber immer mehr von Aushöhlung bedroht und eingeschränkt.

Kommunale Entscheidungsspielräume werden durch Verwaltungsvorschriften, staatliche Verordnungen und Gesetze immer geringer. „Integration von Flüchtlingen findet in der Gemeinde statt“, so ist es und so lautet auch die Überschrift im Positionspapier des Bayerischen Gemeindetages. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen aber Bund und Länder weitgehend allein (zum Beispiel Asylgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz und diverse Durchführungsbestimmungen). Auch vor diesem Hintergrund sollte sich gerade eine Stadt wie Fürstenfeldbruck, die in Sachen Aufnahmebereitschaft überregional Anerkennung gefunden hat und der Regierung bisher ein kooperativer Partner war, nicht noch mehr einschränken und unter Druck setzen lassen.